
12713/AB XXIV. GP

Eingelangt am 04.01.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wissenschaft und Forschung

Anfragebeantwortung



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 4. Jänner 2013

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12977/J-NR/2012 betreffend Beschäftigung von Leasingarbeitern im Ressort und in nachgeordneten Dienststellen, die die Abgeordneten Rupert Doppler, Kolleginnen und Kollegen am 7. November 2012 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1, 2 und 7:

In der Zentraleitung werden derzeit (mit Stichtag 30.9.2012) 40 Personen aufgrund eines Arbeitskräfteüberlassungsvertrages, Arbeitsleihvertrages oder ähnlichen Vertrages beschäftigt. Die Kosten im Jahr 2012 betragen bis zum Stichtag 30.9.2012 € 1.859.539,52. Die überlassenen Arbeitskräfte werden an unterschiedlichen Stellen eingesetzt. Sie werden aufgrund ihres Fachwissens in Anspruch genommen. Allfällige Einschulungen sind daher lediglich für das konkrete Einsatzgebiet notwendig.

Die Beantwortung der Frage betreffend Leiharbeitskräfte und deren Kosten an den nachgeordneten Dienststellen sowie im Ressort in den Jahren 2007 bis 2011 wäre, wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 10545/J-NR/2012 angeführt, mit einem aus verwaltungsökonomischer Sicht unverhältnismäßig hohen Erfassungsaufwand verbunden und ist daher nicht machbar.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zu Fragen 3 und 4:

Im Jahr 2012 wurden sechs Überlassungsverträge gelöst. Gründe dafür waren Übernahmen in den Dienststand des Bundes im Rahmen von Ausschreibungen nach dem Ausschreibungsgesetz sowie einvernehmliche Auflösungen auf Wunsch der Leiharbeitskräfte.

Zu Fragen 5 und 6:

Im Jahr 2012 wurde keine Überlassung von Arbeitskräften seitens des Überlassers vorzeitig beendet.

Zu Fragen 8 und 9:

Gründe für die Heranziehung von Leiharbeitskräften sind etwa spezifisches Fachwissen und daraus verminderte Einschulungszeit; Kostenersparnisse können daher nicht beziffert werden.

Der Bundesminister:
o. Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle e.h.